

Positionspapier der Handwerkskammern in Schleswig-Holstein zum geplanten Azubiwerk

Kurzposition

Die Handwerkskammern in Schleswig-Holstein verfolgen das Ziel, Auszubildende bei Wohnen, Mobilität und finanziellen Belastungen während der Ausbildung besser zu unterstützen. Die Gründung eines zentralen Azubiwerks in der derzeit vorgeschlagenen Umsetzung halten wir jedoch nicht für den richtigen Weg.

Die von den Handwerkskammern in Schleswig-Holstein durchgeführte Befragung von Auszubildenden im Handwerk zeigt klar: Auszubildende brauchen vor allem verlässliche Mobilität und Unterbringungsmöglichkeiten an wohnortfernen Berufsschul- und ÜLU-Standorten, außerdem Miet- und Fahrtkostenzuschüsse sowie bezahlbaren Wohnraum. Beratungsangebote rund um die Ausbildung stehen bei den Auszubildenden nicht im Vordergrund. Ein zentralisiertes Azubiwerk nach Vorbildern aus Großstädten würde diese Realität nur unzureichend abbilden.

Unsere Position lautet deshalb: Kein Aufbau neuer Doppelstrukturen, stattdessen direkte, dezentrale und wirksame Hilfen für Auszubildende vor Ort.

Ausgangslage

Die Landespolitik plant die Gründung eines Azubiwerks für Schleswig-Holstein nach Vorbild des Studentenwerks. Nach der politischen Ankündigung soll es bezahlbaren Wohnraum, finanzielle Unterstützung, Teilhabe und Beratungsangebote für Auszubildende schaffen. Genannt werden unter anderem Azubiwohnheime, ein Notlagenfonds, eine Azubistarhilfe und eigene Beratungsangebote. Die Finanzierung soll im Wesentlichen über einen jährlichen Landeszuschuss von sieben Millionen Euro erfolgen.

Der politische Impuls ist nachvollziehbar. Berufliche Bildung verdient denselben Stellenwert wie akademische Bildung. Gleichwertigkeit entsteht aber nicht dadurch, Strukturen aus dem Hochschulbereich oder Modelle aus Hamburg und München auf Schleswig-Holstein zu übertragen. Schleswig-Holstein ist ein Flächenland. Das Handwerk bildet nicht auf einem Campus aus, sondern in Betrieben im ganzen Land.

Was die Auszubildenden im Handwerk sagen

Die Handwerkskammern haben rund 9.400 Auszubildende im Handwerk zum Thema Wohnen und Pendeln befragt und 1.085 auswertbare Rückmeldungen erhalten. Die Ergebnisse zeichnen ein differenziertes Bild: Es gibt durchaus den Wunsch nach Unterstützung, aber keinen überzeugenden Beleg für eine neue zentrale Institution.

1. Drei Viertel bewerten ihre Wohnsituation als positiv

- 58,8 Prozent wohnen bei Eltern oder Erziehungsberechtigten.
- 22,1 Prozent wohnen in einer eigenen Wohnung.
- 9,5 Prozent wohnen in einer WG.
- Nur 1,5 Prozent wohnen derzeit in Wohnheim oder Internat.
- 74,0 Prozent bewerten ihre Wohnsituation als zufrieden, sehr zufrieden oder neutral.
- 26,0 Prozent sind unzufrieden oder sehr unzufrieden.
- Die Befragung trägt nicht die Annahme, dass Auszubildende landesweit vor allem eine neue zentrale Wohnstruktur benötigen.

2. Der Engpass liegt besonders bei Berufsschulwegen

Die Wege zum Ausbildungsbetrieb sind für die Mehrheit gut zu bewältigen. Anders sieht die Situation bei den Wegen zur Berufsschule aus:

Fahrtzeit einfach	Zum Betrieb	Zur Berufsschule
unter 30 Minuten	68,6 %	37,0 %
unter 45 Minuten	86,0 %	57,1 %
über 45 Minuten	14,0 %	42,9 %

Deshalb braucht es vorrangig Lösungen für die Fahrwege zu den Berufsschul- und ÜLU-Standorten: bessere ÖPNV-Anbindungen, ein Azubi-Deutschlandticket sowie Internate, Wochenunterkünfte, Zuschüsse für Blockunterricht und flexible regionale Übernachtungsmöglichkeiten.

Dass rund 40 Prozent der Befragten angegeben haben, den ÖPNV für den Weg zur Ausbildungsstätte zu nutzen, unterstreicht ebenfalls die Bedeutung einer vergünstigten ÖPNV-Nutzung und eines gut ausgebauten Netzes.

3. Auszubildende wünschen direkte Entlastung

Auf die Frage nach der wirksamsten Unterstützung nennen die Befragten vor allem konkrete finanzielle und infrastrukturelle Hilfen:

Wirksamste Unterstützung	Anteil der Befragten
Mietzuschuss	54,2 %
Mobilitäts-/Fahrtkostenzuschuss	46,8 %
Mehr günstiger Wohnraum/Wohnheimplätze	44,4 %
Besserer und verlässlicher ÖPNV, auch zu Randzeiten	20,6 %
Unterstützung bei Wohnungssuche, Vermittlung oder Portal	13,7 %

Auszubildende fordern Entlastung, Erreichbarkeit und bezahlbares Wohnen.

4. Ein Azubiwohnheim wäre nur für eine Teilgruppe und nur an einem Standort attraktiv

Nur 17,1 Prozent der Befragten sind für die Ausbildung umgezogen. Von dieser Teilgruppe würden 55,7 Prozent ein bezahlbares und betriebsnahes Azubiwohnheim nutzen; 44,3 Prozent würden es nicht nutzen. Bezogen auf alle Befragten entspricht das nur rund 9,5 Prozent, die ausdrücklich ein solches Wohnheim nutzen würden.

Auch bei den gewünschten Angeboten zeigt sich ein praktischer Bedarf:

- 91,4 Prozent nennen günstige Miete.
- 76,2 Prozent nennen Ruhe und Rückzugsmöglichkeiten.
- 63,8 Prozent nennen Nähe zum Ausbildungsbetrieb.
- 56,2 Prozent nennen Internet und gute Ausstattung.
- Nur 9,2 Prozent nennen Betreuung oder Ansprechpartner vor Ort.

Wenn Wohnangebote geschaffen werden, müssen sie bezahlbar, ruhig, gut erreichbar und regional passend sein. Ein umfassendes zentral organisiertes Betreuungsmodell ist aus den Rückmeldungen nicht ableitbar. Die gezielte dezentrale Förderung regionaler Projekte ist hier zielführender.

5. Wohnen und Pendeln können Ausbildungsentscheidungen beeinflussen

- 49,6 Prozent sagen, Wohnen und Pendeln seien kein entscheidender Faktor gewesen.
- 28,3 Prozent haben wegen Wohnen oder Pendeln einen anderen Betrieb oder Ort gewählt oder ernsthaft erwogen.
- 22,1 Prozent haben wegen Wohnen oder Pendeln über Abbruch oder Wechsel nachgedacht.

Ein zentraler Aufbau hilft wenig, wenn das Problem in der Region, auf dem Schulweg oder bei den monatlichen Kosten entsteht.

Warum ein zentrales Azubiwerk der falsche Ansatz ist

Schleswig-Holstein ist kein Stadtstaat

Hamburg und München sind verdichtete Räume. Schleswig-Holstein ist ein Flächenland. Handwerksbetriebe liegen in Städten, Mittelzentren, Dörfern, Gewerbegebieten, touristischen Regionen und ländlichen Räumen. Eine zentrale Struktur läuft Gefahr, die Vielfalt der Ausbildungsorte und Pendelbeziehungen zu unterschätzen.

Die duale Ausbildung funktioniert nicht wie ein Campus

Studentenwerke sind auf Hochschulstandorte zugeschnitten. Dort konzentrieren sich Wohnen, Mensa, Beratung und Campusleben räumlich. Die duale Ausbildung ist anders organisiert: Wohnort, Betrieb, Berufsschule und überbetriebliche Lehrlingsunterweisung liegen häufig auseinander. Deshalb müssen Hilfen entlang dieser tatsächlichen Wege organisiert werden.

Keine Doppelstrukturen: Beratungsangebote gibt es bereits

Ausbildungsberatung, Konfliktberatung, Prävention, Unterstützung in Problemlagen und Verweisberatung gehören bereits zum Aufgabenprofil der Kammern und weiterer etablierter Partner. Neue zentrale Beratungsangebote würden Doppelstrukturen schaffen, wenn sie neben vorhandene Angebote treten. Sinnvoller ist es, bestehende Strukturen zu stärken, sichtbarer zu machen und besser zu vernetzen.

Jeder Euro soll direkt beim Azubi wirken

Ein neues Azubiwerk bräuchte Leitung, Verwaltung, Gremien, Personal, IT, Kommunikation, Immobilienmanagement und Controlling. Diese Mittel fehlen dann für direkte Entlastung. Bei einem jährlichen Landeszuschuss in Millionenhöhe muss die Leitfrage lauten: Wie viel davon kommt unmittelbar bei Auszubildenden, Betrieben und regionalen Projekten an?

Was stattdessen notwendig ist

Die Handwerkskammern schlagen ein dezentrales Maßnahmenpaket vor: Ausbildung vor Ort stärken, Wohnen und Mobilität für Azubis in Schleswig-Holstein.

1. Bestehende Förderprogramme für junges Wohnen gezielt für Auszubildende öffnen und weiterentwickeln

Bestehende Förderprogramme für junges Wohnen sollten stärker für die Bedarfe von Auszubildenden im Flächenland genutzt und, wo erforderlich, weiterentwickelt werden. Förderfähig sein sollten insbesondere kleine, bezahlbare Wohnungen, dezentrale Azubiwohnprojekte in Mittelzentren, Wohnraum an Berufsschul- und ÜLU-Standorten sowie die Sanierung bestehender Internats- und Wohnheimstrukturen.

2. Regionale Wohnraumprojekte fördern

Das Land sollte Mittel für dezentrale Projekte bereitstellen, getragen durch Kommunen, Wohnungswirtschaft, Betriebe, Betriebsverbünde, Berufsschulträger, Innungen, Kammern oder gemeinnützige Träger. Entscheidend muss der nachgewiesene regionale Bedarf sein.

3. Betriebe beim Schaffen von Wohnraum unterstützen

Betriebe sind im Handwerk zentrale Akteure der Fachkräftesicherung. Wer Azubiwohnungen baut, Wohnungen anmietet, Werkwohnungen reaktiviert oder sich in regionalen Wohnraumkooperationen engagiert, sollte unterstützt werden, etwa durch Zuschüsse, Darlehen, Bürgschaften, Beratung und rechtssichere Musterlösungen.

4. Miet- und Fahrtkostenzuschüsse einführen oder ausbauen

Mietzuschuss und Mobilitäts-/Fahrtkostenzuschuss gehören zu den wirksamsten Hilfen. Sie sollten abhängig von Ausbildungsvergütung, Mietbelastung, Fahrtkosten, Fahrtzeit, Berufsschulblockzeiten und fehlenden ÖPNV-Verbindungen ausgestaltet werden.

5. Berufsschulunterbringung priorisieren

Lange Berufsschulwege gehören zu den klarsten Rückmeldungen. Deshalb braucht es mehr und bessere Internats- und Übernachtungsmöglichkeiten an Berufsschul- und ÜLU-Standorten, insbesondere für Blockunterricht. Es ist nicht vermittelbar, dass Auszubildende mehrfach in der Woche übermäßig lange Anfahrtswege in Kauf nehmen müssen. Denkbar sind auch Kooperationen mit Jugendherbergen, Gästehäusern oder kommunalen Einrichtungen.

6. Ortsflexiblere Unterrichtsformen ausbauen

Ergänzend sollten ortsflexiblere Unterrichtsformen geprüft und ausgebaut werden. Dazu können digitale Unterrichtsformate, Präsenzangebote an wohnortnäheren Berufsschulen oder die digitale Beteiligung am Fachunterricht gehören. Auch Blockunterricht kann dazu beitragen, regelmäßige lange Fahrwege zu reduzieren, wenn er mit passenden Unterbringungs- und Mobilitätsangeboten verbunden wird. Solche Modelle können insbesondere Auszubildenden helfen, die nur eingeschränkt mobil sind oder für deren Ausbildungsberuf die zuständige Berufsschule weit entfernt liegt. Wo fachlich und organisatorisch möglich, sollten neue Unterrichtsformen dazu beitragen, Ausbildungswege offen zu halten und lange Fahrtzeiten zu reduzieren.

7. Azubi-Ticket und ländliche Mobilität verbessern

Ein Ticket hilft nur, wenn Verbindungen vorhanden sind. Notwendig sind verlässliche Angebote zu Schul-, Schicht- und Randzeiten, eine bessere Anbindung von Berufsschul- und ÜLU-Standorten, regionale Shuttle- und Rufbusmodelle sowie Unterstützung für Fahrgemeinschaften, zum Beispiel über digitale Lösungen.

8. Bestehende Beratung bündeln

Zusätzliche Mittel für Beratung, Orientierung und Begleitung von Auszubildenden sollten an die bestehenden Strukturen des Handwerks angebunden werden, statt neue Parallelangebote aufzubauen. In Schleswig-Holstein stehen die Handwerkskammern, Kreishandwerkerschaften, Innungen und handwerklichen Bildungsstätten jungen Menschen, Auszubildenden und Betrieben bereits heute mit vielfältigen Angeboten zur Seite, und zwar von der Berufsorientierung über Ausbildungsanbahnung und Ausbildungsplatzvermittlung bis hin zur Beratung während der Ausbildung. Diese Angebote sind praxisnah, regional verankert und nah an den Betrieben. Sie unterscheiden sich je nach Region, und gerade darin liegt ihre Stärke: Sie können auf die konkreten Bedarfe vor Ort reagieren. Ein zentrales Azubiwerk sollte diese gewachsenen Strukturen nicht überlagern oder doppelten.

Kernbotschaften

- Ziel richtig, Instrument falsch: Auszubildende brauchen Unterstützung, aber kein zentrales Azubiwerk nach Studentenwerks- oder Stadtstaatenlogik.
- Die Befragung spricht für direkte Hilfen: Mietzuschuss, Fahrtkostenzuschuss, günstiger Wohnraum und bessere Mobilität stehen klar im Vordergrund.
- Berufsschulwege sind der Engpass: 42,9 Prozent brauchen länger als 45 Minuten zur Berufsschule, aber nur 14,0 Prozent zum Betrieb.
- Wohnbedarf ist regional: Wohnraum muss dort entstehen, wo Ausbildung, Berufsschule und ÜLU tatsächlich stattfinden.
- Doppelstrukturen vermeiden: Beratungsangebote bestehen bereits bei Kammern und Partnern; sie sollten gestärkt, nicht kopiert werden.
- Betriebe einbeziehen: Betriebliche und regionale Wohnraumlösungen können im Flächenland schneller und passgenauer wirken.
- Geld muss ankommen: Öffentliche Mittel sollten in Wohnraum, Internate, Mobilität und Zuschüsse fließen und nicht zuerst in neue Verwaltung.



Fazit

Die Handwerkskammern sprechen sich gegen die Gründung eines zentralen Azubiwerks in der vorgesehenen Form aus. Das ist kein Nein zur Unterstützung von Auszubildenden. Es ist ein Ja zu wirksamer Unterstützung.

Schleswig-Holstein braucht keine Kopie von Studentenwerken und keine Blaupause aus Stadtstaaten. Schleswig-Holstein braucht ein dezentrales, betriebsnahes und regional wirksames Maßnahmenpaket für Wohnen und Mobilität in der Ausbildung.

Die beste Unterstützung für Auszubildende ist die Hilfe, die vor Ort ankommt.